



*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,*

in der neuesten Ausgabe meines Berichts aus Berlin informiere ich Sie wieder über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin und gebe Ihnen einen Einblick über meinen Einsatz für Mannheim. Jederzeit können Sie auch einen Überblick über meine politische Arbeit auf meiner Homepage oder auf meiner Facebookseite gewinnen.

Ihr



HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. *Bund-Länder-Finanzbeziehungen*
2. *Beteiligung des Bundes an Kosten der Integration*
3. *Beteiligung deutscher Streitkräfte zur Unterbindung terroristischer Handlungen durch den IS*
4. *Parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundes*
5. *Relevantes aus Mannheim und der Region*

1. Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Bund und Ländern ist es gelungen, sich nach über zweijährigen Verhandlungen auf eine sinnvolle Weiterentwicklung der föderalen Finanzbeziehungen zu verständigen. So wurde eine finanzielle Planungssicherheit für die Jahre ab 2020 bis mindestens 2030 geschaffen. Jede Seite ist Kompromisse eingegangen und hat damit staatspolitische Verantwortung übernommen.

Der Ausgleich der Finanzkraft der Länder erfolgt zukünftig im Rahmen der Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer statt durch den bisherigen Finanzausgleich unter den Ländern. Die zusätzliche Beteiligung des Bundes im Jahr 2020 wird rund 9,5 Milliarden Euro betragen. Die Länder können so auch ihrerseits die Schuldenbremse einhalten, wie es das Grundgesetz ab 2020 vorgibt. Der Stabilitätsrat wird gestärkt und überwacht künftig die Einhaltung der Schuldenbremse auf Bundes- und Länderebene.

Auf besonderen Nachdruck der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird die Kontrolle von Mischfinanzierungstatbeständen verbessert. Der Bundesrechnungshof erhält dazu zusätzliche Erhebungsrechte. Es wird Transparenz über die zweckgerichtete Verwendung der Bundesmittel geschaffen und verhindert, dass Bundesgeld unkontrolliert in allgemeinen Landeshaushalten verschwindet. Überdies wird den finanzschwachen Kommunen geholfen, indem der Bund Mitfinanzierungskompetenzen im Bereich der gemeindlichen Bildungs-Infrastruktur erhält; die Verteilung der Bundesmittel orientiert sich am bisherigen Bundesprogramm.

Ein großer Fortschritt ist eine beim Bund angesiedelte Infrastrukturgesellschaft Verkehr. Sie erleichtert kontinuierliche, aufeinander abgestimmte Investitionen in Autobahnen. Die Interessen der aktuell in diesem Bereich Beschäftigten sind ausdrücklich zu beachten.

Für die öffentlichen Online-Anwendungen wird der Bund ein zentrales Bürgerportal einrichten, das auch die Länder einschließt. Bundesweit entsteht ein einfacher digitaler Zugang zur Verwaltung. In der Steuerverwaltung wird die Rolle des Bundes etwa beim IT-Einsatz gestärkt. Der Bund erhält ein stärkeres allgemeines fachliches Weisungsrecht.

Die umfangreichen Vereinbarungen der letzten Woche gehen deutlich über reine Finanzflüsse hinaus und sind ein starker Ausdruck der föderalen Handlungs- und Entwicklungsfähigkeit. Unsere Staatsfinanzen erhalten ein breiteres Fundament, die Zukunftsinvestitionen werden gestärkt. Es stehen nunmehr weitere Konkretisierungen an, die auch mehrere Grundgesetzänderungen mit sich bringen werden.

2. Beteiligung des Bundes an Kosten der Integration

Im Plenum des Deutschen Bundestages wurde in erster Lesung die Umsetzung der am 16. Juni und 7. Juli zwischen Bund und Ländern gefassten Beschlüsse beraten. Vorgesehen ist unter anderem eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, wodurch wir den Ländern in

den Jahren 2016-2018 zusätzlich eine jährliche Integrationspauschale in Höhe von zwei Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Im gleichen Zeitraum soll der Bund die Kosten der Unterkunft für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte vollständig übernehmen. Für 2017 und 2018 sollen zusätzlich jeweils 500 Millionen Euro als Kompensationsmittel für den Wohnungsbau gewährt werden. Auch die bereits im Koalitionsvertrag vereinbarte Entlastung der Kommunen über das Jahr 2018 hinaus wird durch Änderungen der Anteile an der Umsatzsteuer sowie der Beteiligungsquote an den Kosten der Unterkunft zu Lasten des Bundes in Angriff genommen.

3. Beteiligung deutscher Streitkräfte zur Unterbindung terroristischer Handlungen durch den IS

Die internationale Anti-IS-Koalition kann in den letzten Monaten immer mehr Erfolge aufweisen. Der Deutsche Bundestag beriet den Antrag der Bundesregierung, die Beteiligung Deutschlands bei gleichbleibender Mandatsobergrenze von 1.200 Soldaten fortzuführen in erster Lesung. Die Bundeswehr leistet bislang ihren Beitrag durch Luftbetankung, Aufklärung, seegehenden Schutz eines französischen Flugzeugträgers und Stabspersonal zur Unterstützung. Zusätzlich sollen diese Maßnahmen durch die Beteiligung an AWACS-Luftraumüberwachungsflügen in türkischem und internationalem Luftraum ergänzt werden. Durch diese können Erkenntnisse in Echtzeit gewonnen und an die internationale Koalition weitergegeben werden.

4. Parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundes

Der jüngst vereitelte Anschlag eines syrischen Terroristen unterstreicht die Relevanz der Nachrichtendienste. Der aktuelle Fall zeigt, dass die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit ausländischen Diensten ein Grundpfeiler für die innere Sicherheit in Deutschland ist.

Um Rechtssicherheit für die Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes zu schaffen, sollen die Rechtsgrundlagen für die Fernmeldeaufklärung von Ausländern im Ausland konkretisiert werden. Gleichzeitig wird die Möglichkeiten zum Austausch mit ausländischen öffentlichen Stellen durch gemeinsame Dateien erweitert.

Die Arbeit der Dienste muss im Verborgenen geschehen, um erfolgreich zu sein. Sie erfolgt nach Recht und Gesetz, kontrolliert durch den Deutschen Bundestag. Aus den Erkenntnissen der letzten Jahre heraus wird die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste durch die Schaffung eines Ständigen Bevollmächtigten, der die Arbeit des Parlamentarischen Kontrollgremiums zukünftig unterstützen wird, bestärkt.

5. Relevantes aus Mannheim und der Region

Haus der kleinen Forscher

Ich freue mich, Mannheimer Kindertagesstätten, Schulen und Vereine auf die Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ aufmerksam machen zu können. Sie bietet Unterstützung bei der Integration von geflüchteten Kindern in Kita, Hort und Grundschule.

Der Besuch einer Kita oder Grundschule ist für viele Kinder der erste Schritt zur Integration. Damit diese gelingt, bietet die Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ auf einem digitalen Service-Portal ([integration.haus-der-kleinen-forscher.de](https://www.integration.haus-der-kleinen-forscher.de)) praxisnahe Unterstützung für pädagogische Fach- und Lehrkräfte an.

Pädagogische Fach- und Lehrkräfte finden auf dem Portal zahlreiche alltagsnahe Angebote, wie zum Beispiel Erfahrungsberichte aus der Praxis, Hintergrundartikel, Reportagen und Beispiele für gelungene Integration. Sie können außerdem einer geschlossenen und von der Stiftung moderierten Facebook-Gruppe beitreten (<https://www.facebook.com/groups/IntegrationkleineForscher/>). In dem geschützten Raum der Gruppe können sie sich untereinander, aber auch mit Expertinnen und Experten aus verschiedenen Fachgebieten, austauschen. Gefördert wird das Portal vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Das „Haus der kleinen Forscher“ ist die größte Initiative für frühe Bildung in Deutschland und bietet Weiterbildungen für Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer sowie für Betreuerinnen und Betreuer in Kita, Hort und Grundschule an. In den vergangenen Monaten erreichten die Stiftung aus ihrem bundesweiten Netzwerk von über 26.500 Einrichtungen viele Fragen rund um das Thema „Integration geflüchteter Kinder“.

„Transparenz und Verantwortlichkeit“

Was erwarten wir vom deutschen Parlament und Parlamentarismus?

Gerne mache ich auf die Ausschreibung des Wettbewerbs „Für Freiheit und Demokratie – ein Wettbewerb für Jugend und Schule“ der Weltliga für Freiheit und Demokratie Deutschland (WLFD) aufmerksam.

Der Titel: „Transparenz und Verantwortlichkeit - Zukunft der parlamentarischen Demokratie in Deutschland“ bildet den Aufruf an Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, sich mit dem deutschen Parlamentarismus im gesellschaftlichen und medialen Wandel zukunftsorientiert auseinanderzusetzen.

Viele Bürger vermissen heute einen persönlichen Zugang zu den politisch Verantwortlichen und zu den Parteien, werden von der Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages und seiner Abgeordneten wenig angesprochen oder fühlen sich einem ihnen fremden, undurchschaubaren komplexen politischen System zunehmend hilflos ausgeliefert und stellt uns daher vor große Herausforderungen.

Teilnehmen können Schulklassen, Schülerinnen und Schüler der 9. bis 13. Jahrgangsstufe alleine, in Gruppen oder zusammen mit Lehrenden aller allgemeinbildenden oder berufsbildenden Schularten. Die Anmeldung muss durch die Schule erfolgen. Sie muss den

Ansprechpartner des Projektes, dessen Kontaktadresse, ein Kurzprofil der Schule sowie eine kurze darstellende Projektübersicht mit der Benennung aller Teilnehmer enthalten. Unter den besten Einsendungen werden verschiedene Preise ausgelobt, darunter als Erster Preis eine Einladung der Schulklasse, bzw. der beteiligten Schüler, sowie zweier Begleitpersonen (max. 50 Personen) zu einer mehrtägigen Klassenfahrt nach Berlin im Juni 2017. Einsendeschluss ist Freitag, der 24. Februar 2017.

Weitere Informationen finden Sie unter:

<http://www.wlfd.de/index.php/schuelerwettbewerb>

Pilotkommunen für Sportprojekt gesucht

Desweiteren möchte ich auf das Projekt „Sport bewegt Vielfalt – Stadtentwicklung gemeinsam, aktiv gestalten“ hinweisen. Es handelt sich um ein gemeinsames Projekt des Deutschen Olympischen Sportbundes und der Stiftung „Lebendige Stadt“. Es werden zwei Projektkommunen gesucht, die gemeinsam mit einem Sportverein oder einem Stadtsportbund Maßnahmen und Angebote zum Thema „Sport und Bewegung für Alle“ entwickeln. Ich rufe deshalb die Mannheimer Sportvereine auf, sich mit der Stadt Mannheim in Verbindung zu setzen und entsprechende Angebote zu entwickeln. Sport und Bewegung schaffen Vielfalt und fördern das Zusammengehörigkeitsgefühl unabhängig von Alter, Geschlecht oder kultureller Herkunft. Sie helfen, Vorurteile zu überkommen und auf einander zuzugehen. Das Projekt „Sport bewegt Vielfalt“ erkennt diese Potenziale und setzt Impulse für innovative Stadtentwicklung. Es sollen aktive Begegnungsorte und Bewegungsräume geschaffen werden, die eine gelebte und bewegte Vielfalt in den Kommunen fördern.

Voraussetzungen zur Teilnahme sind ein gemeinsames Interesse, Vielfalt zu entwickeln, der Aufbau und die Unterstützung einer Projektgruppe kommunaler Akteure, die Organisation der Maßnahmen vor Ort, das Einbringen von Eigenmitteln sowie die Unterstützung des Projektes durch den Bürgermeister.

Die Projektlaufzeit startet mit einem Workshop am 9. und 10. Januar 2017 und endet am 30. Juni 2017. Beide Pilotkommunen werden in diesem Zeitraum mit 40.000 Euro gefördert.

Die Bewerbungsunterlagen finden Sie unter: www.dosb.de/sportbewegvielfalt

Wahlbeobachter in den USA

Als Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) nehme ich im Auftrag des Deutschen Bundestages als Wahlbeobachter an den Wahlen in den USA teil. Ich werde nach einem Briefing in Washington D.C. am Wahltag, dem 8. November 2016, in der Hauptstadt der Vereinigten Staaten die Wahlbeobachtungen für die OSZE durchführen. Dabei werde ich einen von der OSZE erstellten kritischen Fragebogen zum Ablauf der Wahl in den jeweiligen Wahllokalen ausfüllen. Diese von den parlamentarischen Beobachtern ausgefüllten Fragebögen werden

am Abend und in der Nacht von professionellen Mitarbeitern der OSZE ausgewertet und dienen der Beurteilung der Wahl.

Ich habe in den vergangenen Jahren bereits an vielen Wahlen als offizieller Wahlbeobachter der OSZE gewirkt, u.a. auch in Russland, Kirgistan, Großbritannien, Weißrussland, Georgien, Usbekistan und Kasachstan. In diesem Jahr noch werde ich außer in den USA auch noch in Moldawien und in Mazedonien als Wahlbeobachter tätig sein.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf.
Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227 – 722 91
E-Mail: egon.juettner@bundestag.de
Internet: www.egon-juettner.de